



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924 1920

60 (5.2.1920) Abend-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-189857](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-189857)

Mannheimer General-Anzeiger

Verleger: Dr. Fritz Göttsche, Druckverlag für Politik, Dr. Fritz Göttsche, Nr. 11, Postfach 11, Mannheim. Druck: Dr. Fritz Göttsche, Nr. 11, Postfach 11, Mannheim. Druck: Dr. Fritz Göttsche, Nr. 11, Postfach 11, Mannheim.

Badische Neueste Nachrichten

Anzeigenpreis: Die 1. Spalte 200 Mark, 2. Spalte 150 Mark, 3. Spalte 100 Mark, 4. Spalte 75 Mark, 5. Spalte 50 Mark, 6. Spalte 30 Mark, 7. Spalte 20 Mark, 8. Spalte 15 Mark, 9. Spalte 10 Mark, 10. Spalte 7 Mark, 11. Spalte 5 Mark, 12. Spalte 3 Mark, 13. Spalte 2 Mark, 14. Spalte 1 Mark, 15. Spalte 0,50 Mark.

Um Deutschlands Ehre.

In banger und schwerer Sorge harret das deutsche Volk der Entscheidung der nächsten Tage. Die deutsche Regierung hat die Verfolgung der von den Alliierten benannten „schuldigen“ Offiziere und Beamten vor dem Reichsgericht unter entscheidender Mitwirkung von Vertretern der Alliierten angeboten — ein letztes Angebot. Sie will ihre ganze Sache haben vor französischen, vor englischen, vor polnischen, vor rumänischen, vor italienischen, belgischen usw. Gerichten sollen Deutsche erscheinen, abgeurteilt und gefasst werden. Den weitesten Kreisen des deutschen Volkes war und ist auch schon der Gedanke, der Entente vor dem Reichsgericht Genüge zu tun, unerträglich. Er ist ja eigentlich heute durch die Erklärung der Alliierten erledigt. Aber was wird nun? Die Entente fordert die Auslieferung. In stärkster Einigkeit lehnen die Regierung und das deutsche Volk die Auslieferung ab. In Berlin scheint man noch einige Hoffnung auf das Widersprechen in einigen Ententeländern zu setzen. Aber solche Erwartungen an Vernunft und Gerechtigkeit in der Entente haben uns schon so oft getrogen, daß wir es schwer finden, diese Hoffnung zu teilen. Was könnte uns wohl schließlich blühen als ein Kompromiß in der Art der Rote vom 25. Januar, das doch unserer nationalen Ehre fast einen genau so starken Schlag verleiht wie die Auslieferung selbst. Wir liefern dann die Herrführer nicht an Frankreich, England usw. aus, aber an Franzosen, Engländer usw. Nicht auf trügerische Hoffnungen, sondern auf festes und unbeugbares nationales Wollen, auf den einzigen Willen eines ganzen eheliebenden Volkes muß die Regierung ihre Entschlüsse bauen. In diesem Augenblick weiß sie noch nicht, was sie wollen wird, hat sie noch keine neuen Entschlüsse gefaßt. Das war auch nicht möglich. Aber sie hat die Fraktionsführer zusammenberufen und der Zustimmung der Nationalversammlung steht bevor. Die Regierung wird und muß sich die breite Grundlage für ihre weiteren Entschlüsse schaffen in der Zustimmung der Nationalversammlung. Wird sie einen nochmaligen Versuch unternehmen, die Entente auf ihren Vorschlag vom 25. Januar zurückzuführen? Und wenn sie damit scheitert? Dann würde kaum ein anderer Ausweg bleiben als der, den wir bereits empfohlen: Bildung eines Kabinetts der Vertretung der nationalen Ehre aus allen Parteien, das sich bereit erklärt, getragen vom Vertrauen und dem Willen der ganzen Nation, die Verantwortung für die Folgen einer unbedingten und absoluten Ablehnung des Auslieferungsvorschlages und überhaupt der Verfolgung deutscher Staatsmänner, Herrführer, Offiziere und Beamten auf Gehalt der Feinde vor feindlichem oder feindlichem Gericht zu tragen. Nur wenn die deutsche Nation keine Sprünge und schabhaften Stellen zeigt, durch die die Feinde denn doch einzudringen hoffen können, nur dann und nur so können wir hoffen, diesen entsetzlichen Anschlag auf Deutschlands Ehre zum Zusammenbruch zu bringen.

Beratungen im Kabinett.

□ Berlin, 5. Februar. (Von unserm Berliner Büro.) Demnach ist in die Hand eines harten Herrn gegeben. Er schwingt die Peitsche über ihn, läßt ihn in Fron arbeiten, beruft sich auf einen erpreßten Vertrag und der andere gehorcht. Der Herr verlangt dann etwas, was der seiner Recht Ausgeübteste nicht ausführen kann. Ist das Recht? Ist es ein Zeichen nachbringer Menschenehrung, jenen im Vertrauen darauf, daß er gehorchen muß, eine Forderung zu stellen, die zu erfüllen er gar nicht in der Lage ist? Der Gehorsam erhält ein Loch — das enge Loch des Vertrages, das bisher ganz geblieben war, löst sich unweigerlich infolge des freventlichen Uebermaßes des Herrn.

Die Entente hat uns die Auslieferungsliste überreicht. Trotz Mahnungen, Bitten, Beschwörungen der deutschen Regierung, läßt sie es darauf ankommen, obgleich ihr wiederholt versichert wurde, daß diese Bestimmung des Versailleser Zwangsvertrages ein ja und durchführbar sei. Schon im Juni vor. Js. in der Nationalversammlung ist die Ehrenklause des Sprengpulvers gewesen. Die Demokraten traten aus der Regierung aus. Die neue Zweiparteienregierung war zur Unterzeichnung bereit, hat aber bis zum letzten Augenblick die Auslieferung zu befehligen verweigert. Nachher hat die deutsche Regierung alle Konditionen benutzt, um der Entente zum Bewußtsein zu bringen, daß ihre Auslieferungsforderung den Bestand des Deutschen Reiches gefährde und auch den Interessen der Entente selbst abträglich sei. Die Regierung hat um Ueberweisung des Anlagematerials noch vor Unterzeichnung des Friedensvertrages, damit sie selber gegen die Beschuldigten einschreiten könnte. Ein Staatsgerichtshof sollte errichtet werden (der Entwurf ist leider nicht erledigt worden). Schon im November hat Herr von Simson in Paris das Angebot gemacht, selber bei dem deutschen Gerichtsverfahren mitzuwirken — ein Anerbieten, das in der letzten Rote am 25. Januar in aller Form wiederholt wurde. Es hat nichts genützt.

Warum ist die Atmosphäre noch immer nicht entgiftet? Ist Frankreichs Haß noch immer so ungebrochen, daß er unseren Nachbarn blind macht? Ist es nicht eine Verpflichtung des Alliierten, der sich schaut, hochmütig den Wehrlosen zu peinigen, der nichts mehr, nichts weiter vermag, als mit Bitten, Mahnungen und nüchternen Darlegungen der Undurchführbarkeit des Verhängnisses abzumenden? Wir glauben, daß die Atmosphäre doch schon ein wenig entgiftet ist. Amerika hat sich unseren Einwänden nicht verschlossen. Auch Japan hat offizielle Vertreter Britanniens, die in Deutschland anwesend sind, haben für die deutsche Auffassung Verständnis gezeigt. Darum gehen wir mit schweren Sorgen, aber doch nicht ohne feste Hoffnung dem Ablauf der Tragödie entgegen.

Die Regierung hat gestern abend über die Auslieferungsliste berichtet. In einem endgültigen Schluß über nachheren Schritt konnte sie noch nicht gelangen.

Weniger deshalb, weil die Liste noch unvollständig ist (es fehlen noch die Straftaten, deren die Auszuliefernden beschuldigt werden) als weil uns durch die begriffliche Haltung des Freiherrn v. Versner die Begleitnote fehlt. Die Durchführung der Ententeforderung ist unmöglich, selbst wenn die Regierung sie wollte. Darüber sind sich alle Kabinettsmitglieder einig. Und einig sind wir wohl alle darin, daß auch keine andere Regierung die Auslieferung von nahezu 900 Beschuldigten an ein fremdes, auswärtiges Gericht vollstrecken könnte. Schon an dem Nichtkönnen prallt der Wall der — man muß leider trotz des Friedens immer noch sagen — feindlichen Mächte ab. Was die Entente nun leidet, wenn sie erfährt, daß die deutsche Regierung wirklich ihrem Verlangen machtlos gegenübersteht, tun wird — wir wissen es nicht. Vielleicht wird sie die Rücksendung der Gefangenen abbrechen, vielleicht uns blockieren! Vielleicht die Beschuldigten sich selber holen. Wir befinden uns in kritischer Periode. Aber da es gar nicht von unserem Willen abhängt, sondern gebieterisch das alte wahre Wort vor uns und der Entente steht: Ultra posse nemo obligatur! müssen wir uns zunächst passiv verhalten, in dieser Passivität aber einig sein.

Endergebnis der Nationalversammlung.

□ Berlin, 5. Febr. (Von unsem. Berl. Büro.) Für Samstag sind die Verhandlungen der Nationalversammlung nach Berlin berufen worden. Die Regierung hofft bis dahin im Besitz der alliierten Rote zu sein und will mit den Fraktionsführern eine Verständigung darüber herbeiführen, ob und wann die Nationalversammlung einberufen werden soll.

In Berlin sind wir in jeder Richtung den plötzlichen Rücktritt des Herrn von Versner gerade recht, wo wir sie dringender brauchen, ohne Verletzung. Aber unser Gehaltsträger Herr Dr. Rager wird, wie wir erfahren, heute abend die Rückreise nach Paris antreten.

Berufung Schreibemanns nach Berlin.

□ Berlin, 5. Febr. (Von unsem. Berl. Büro.) Der Oberbürgermeister von Kassel, Herr Schreibemann, ist in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des parlamentarischen Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten nach Berlin berufen worden. Er hat heute früh die Rote angetreten. Die Berufung hängt mit der Ueberreichung der Auslieferungsliste zusammen.

Die bisherigen Schritte der Regierung in der Auslieferungsliste.

Berlin, 4. Febr. (WB.) Angesichts der nunmehr bekannt gewordenen Auslieferungsliste ist es für die Klärung der Sachlage von Bedeutung, wenn wir uns vergegenwärtigen, welche Schritte die deutsche Regierung bisher in der Auslieferungsliste unternommen und welche Schritte sie getan hat, um uns diese äußerste Schmach zu ersparen. Im Interesse der Sache haben diese Schritte zum Teil der weltweiten Öffentlichkeit bisher unbekannt geblieben. Als der von der Reichsregierung im Juli v. J. noch in letzter Stunde vor Ablauf des gegnerischen Ultimatus gemachte Versuch, die sich auf die Auslieferung beziehenden Artikel aus dem Friedensvertrag zu entfernen, gescheitert und die unveränderte Annahme der Ehrenklause von uns erzwungen wurde, wäre es verfehlt und zwecklos gewesen, diesen Versuch etwa unmittelbar weiter amtliche Vorstellungen bei den gegnerischen Regierungen folgen zu lassen, um sie zu einem Verzicht auf die Durchführung ihrer Forderungen zu bewegen. Zunächst war daher kein anderer Weg gegeben, als in nicht-amtlicher Form, sowohl in den neutralen wie in den feindlichen Ländern, der Erkenntnis Raum zu schaffen, daß die Auslieferungsliste Bedingungen für das deutsche Volk von vornherein außer dem Bereich der Möglichkeit lagen. Die sich für diesen Zweck bietenden Mittel sind in vollem Umfang benutzt worden. Es ist versucht worden, unter der Hand durch Vertrauensleute mit den maßgebenden Stellen der Gegenseite Fühlung zu nehmen, um festzustellen, welche Möglichkeit für eine eintägige Lösung der Frage bestünde. Ein positives Ergebnis blieb diesen Schritten verweigert. Jemand ein Zugeständnis stießen auf der Gegenseite jedenfalls solange ausgeschlossen, als die in erster Linie beteiligten gemehrten Länder in ihren Parlamenten noch über die Ratifikation des Friedensvertrages verhandelten. Nachdem dann England, Frankreich und Italien im vorigen Herbst die Ratifikation vollzogen hatten und dadurch das Inkrafttreten des Friedensvertrages in greifbare Nähe gerückt war, entschloß sich die deutsche Regierung, nunmehr in amtlicher Form an die Gegner heranzutreten und ihnen mit vorbehaltloser Offenheit darzulegen, daß sie zur Bewirkung des von den alliierten und assoziierten Mächten gestellten Auslieferungsvorschlages außer Stande sei und daß jeder Versuch dieser Mächte, auf der uneingeschränkten Erfüllung ihrer aus dem Friedensvertrag sich ergebenden Rechte zu bestehen, zu den verhängnisvollsten Folgen führen müsse. Die Regierung hat mit diesem Schritte den Ministerialdirektor v. Simson betraut, der als Delegationsleiter der politischen Abteilung des Auswärtigen Amtes einen genauen Ueberblick über alle mit der Durchführung des Friedensvertrages in Zusammenhang stehenden Fragen besaß. Es lag auf der Hand, daß der von ihm in Paris zu unternehmende Schritt nur dann auf Erfolg rechnen konnte, wenn er wenigstens vorläufig einen vertraulichen Charakter behielt und wenn vermieden würde, die Frage durch Erörterung vor der breiten Öffentlichkeit für die Gegner zu einer Pressfrage zu machen. Herr v. Simson hat in der Angelegenheit in Paris mit dem Generalsekretär der Friedenskonferenz, dem französischen Botschafter Dutasta, und im Einverständnis mit der Reichsregierung mit den Pariser Vertretern der Vereinigten Staaten von Amerika, England, Italien und Japan gesprochen. Seine dem Sinne nach von der Reichsregierung vorher festgelegte Darstellung löst sich in folgenden Sätzen zusammenfassen:

Nach der Annahme des Friedensvertrages durch Deutschland müßte die deutsche Regierung darauf verzichten, sich ihrerseits darauf zu berufen, daß sie es mit der Ehre und Würde des deutschen Volkes unvereinbar halte, Volksgenossen, die irrendes Verlorenes gegen die Gerechtigkeit und Gebrauche des Krieges beschuldigt werden, ausländischen Gerichten zur Aburteilung auszuliefern. Was aber nicht außer Betracht bleiben könne, sei die Tatsache, daß von der

gleichen Auffassung das gesamte deutsche Volk ohne Ansehen des Standes und der politischen Parteizugehörigkeit erfüllt sei. Wenn die deutsche Regierung gleichwohl versuchen wolle, die Auslieferung in die Wege zu setzen, so dürfte sie in jeder Richtung den stärksten Widerständen begegnen, Widerständen, die alle ihre etwägigen Anordnungen auf diesem Gebiete tatsächlich undurchführbar machen würde. Kein Beamter werde die Hand dazu bieten, einen Deutschen festzunehmen, um ihn der Justiz der bisherigen Feinde auszuliefern.

Die Regierung könne den Beamten entlassen, würde aber keine andere Beamten finden, die mehr gemißt wären, sich ihren Anordnungen zu fügen. Das ganze Friedenswerk würde so in demselben Augenblick, wo es nach unendlichen Schwierigkeiten zustande gekommen sei, auf das allerhöchste gefährdet werden. Andererseits hat v. Simson hervorgehoben, daß der deutschen Regierung nichts ferner liege, als die schuldigen Personen der gerechten Sühne entziehen zu wollen und daß nach der ganzen Lage der Dinge den alliierten und assoziierten Mächten nicht zugemutet werden könne, auf die Geltendmachung ihres aus dem Artikel des Friedensvertrages sich ergebenden Anspruchs schlichthin zu verzichten. Er hat daher einen Weg angedeutet, wie die ganze Angelegenheit nach der Auflösung der Reichsregierung einer für Deutschland erträglichen und praktisch durchführbaren Regelung zugeführt werden könne.

Dieser Vorschlag zielt darin, daß die von den Gegnern eines Kriegsvertrages angeschuldigten Personen unverzüglich einem Strafverfahren in Deutschland unterzogen und dabei alle nur denkbaren Garantien für eine unangefochtene und unparteiliche Durchführung des Verfahrens insbesondere durch Zuziehung eines Vertreters des beteiligten gegnerischen Staates gegeben werden sollten. Die Besprechungen in Paris ließen zunächst einen gewissen Erfolg erhoffen, da die alliierten Vertreter Verständnis für den Standpunkt der deutschen Regierung zu zeigen schienen und zum Teil sogar ausdrücklich ihre Unterstützung dieses Standpunktes beim Obersten Rat versprochen. Die Verhandlungen wurden indes durch die gerade in jenen Tagen erfolgende Uebermittlung der bekannten Rote über das Schlußprotokoll unterbrochen, das Deutschland vor Inkrafttreten des Friedensvertrages unterzeichnen sollte.

Als Ministerialrat Simson zu den Verhandlungen über dieses Schlußprotokoll wieder nach Paris reiste und vor weiteren Besprechungen wieder die Auslieferungsliste zur Sprache brachte, wurde ihm eröffnet, daß der Oberste Rat den Beschlüssen der deutschen Regierung die erstbeste Bedeutung beilegen würde, wenn er sich aber, wenn auch mit Bedauern dahin habe entscheiden müssen, auf eine Änderung der Friedensbedingungen jedenfalls vor Inkrafttreten des Vertrages nicht einzugehen.

Um eine Fortsetzung dieser Verhandlungen nach Inkrafttreten des Friedensvertrages zu erleichtern und um vor allen Dingen erneut den festen Willen zu beweisen, die schuldigen Deutschen der gerechten Bestrafung zuzuführen, hat die Reichsregierung Anfang Dezember das Gesetz zur Verfolgung von Kriegsverbrechen und Kriegsvergehen eingebracht, das von den gesetzgebenden Körperschaften einstimmig angenommen und den gegnerischen Regierungen alsbald zur Kenntnis gebracht worden ist. Sobald jedoch die durch das erwähnte Schlußprotokoll hervorgerufene Krise beigelegt und der Friedensvertrag in Kraft getreten war, hat sie durch den Vorsitzenden der deutschen Delegation in Paris, die Versuche eine Einigung zu erzielen, in eingehenden mündlichen Besprechungen mit den Vertretern sämtlicher gegnerischer Mächte fortgesetzt. Ferner hat die Reichsregierung Ende Januar die bereits veröffentlichte Rote an die Gesamtheit der Gegner gerichtet, in der sie in letzter Stunde noch einmal ihren Standpunkt zusammenfassend darlegt und präzis Vorschläge für eine wirksame Bestrafung von Kriegsverbrechen und Kriegsvergehen gemacht hat.

Die vorstehenden Ausführungen beweisen, daß die Reichsregierung seit Unterzeichnung des Friedensvertrages kein Mittel unversucht gelassen hat, die Undurchführbarkeit der Auslieferung von Deutschen an fremde Gerichte darzulegen und eine sowohl den tatsächlichen Verhältnissen, als auch den berechtigten Interessen beider Teile gerecht werdende Lösung der Angelegenheit herbeizuführen.

Aus der Kiste.

□ Berlin, 5. Februar. (Von unserm Berliner Büro.) Frankreich fordert u. a. auch die Auslieferung des Führers der Bonrischen Mehrheitssozialdemokratie Erhard Auer, der bei dem Münchener Landtagsattentat der Sportkletterer vom Wegauer Lindner so schwer verletzt worden ist, daß er heute noch Jahreshist noch nicht ganz hergestellt worden ist. Wie der Vorwärts dazu mittel, dürfte keine Auslieferung deshalb verlangt werden, weil er als militärischer Subalterner befähigt am Abtransport industrieller Anlagen beteiligt gewesen ist. Der Vorwärts deutet an, daß er durch eine Demütigung von unabhängiger oder kommunistischer Seite auf die Auslieferungsliste gefaßt wurde.

□ Berlin, 5. Febr. (Von unsem. Berl. Büro.) Die Auslieferungsliste verzichtet u. a. auch Reinhardt. Er handelt sich dabei um den jetzigen Kriegsgeminister General Reinhardt, der als Major, Oberstleutnant und Oberst in Frankreich im Feld stand.

Cersners „Heranforderung“.

Der Wortlaut des Schreibens Cersners.
London, 5. Febr. (WB.) Havas. Die englischen Zeitungen veröffentlichen den Text des Schreibens Cersners an den Präsidenten der Friedenskonferenz Millerand. Es lautet folgendermaßen:
Herr Präsident! Ihre Excellenz haben mir heute abend die Rote übermittelt die die Namen der Deutschen enthält, deren Auslieferung die alliierten und assoziierten Mächte verlangen. Ich habe den Vertretern der alliierten und assoziierten Mächte zehnmal schriftlich und dreizehnmal mündlich aus demselben die Gründe der Unmöglichkeit der Auslieferung darzulegen, wie immer auch die lokale Stellung und der Name der Beschuldigten sei — ich rufe Eure Excellenz die Erklärungen, die ich stets

wiederholte in Erinnerung. Man wird keinen deutschen Beamten finden, der sich dazu hergeben würde, in irgend einer Weise zur Ausführung des Auslieferungsgesetzes beizutragen. Es käme einer Selbstmord gleich, wenn ich die Rolle eines Curiers der deutschen Regierung übermitteln würde, und ich würde sie Ihnen beibringen. Ich habe meiner Regierung mitgeteilt, daß ich meine Funktionen nicht weiter ausüben kann und Paris mit dem nächsten Zuge verlassen werde.

Gemeinlich Sie Herr Präsident die Versicherung meiner Hochachtung.

Paris, 4. Febr. (Havas.) Nach einer dem Vertreter der Hauptagentur gemachten Erklärung hat Herr v. Berner in seinem Brief an Millerand dargelegt, daß er wiederholt die Vertreter der alliierten und assoziierten Mächte auf die Unmöglichkeit der Durchführung des Auslieferungsgesetzes hingewiesen habe und daß kein deutscher Funktionär zur Mitwirkung an dieser Maßnahme zu bewegen sei. Es würde einer Willkür sein, wenn man, wenn er diese Intentionen an seine Regierung weitergebe, seinen Entschluß habe, seine Befragung seiner Regierung sofort nach Empfang der Rolle abzusetzen. Herr v. Berner schloß, indem er erklärte, daß seine Haltung eine rein persönliche sei und keinesfalls der Haltung der deutschen Regierung vorgreifen wolle.

Paris, 5. Febr. (W. B.) „Journal de débats“ schreibt: Berner führt persönliche Gefühle ins Feld, um seine Haltung zu rechtfertigen. Seine Handlungsweise ist indessen nicht zu verurteilen. Die deutsche Regierung, selbst wenn sie zugibt, daß Berner aus eigener Initiative handelt, hätte sich auf alle Fälle von einem Delegierten vertreten lassen müssen, der sich nicht wegen der Ausführung dieses Artikels des Friedensvertrages aufreißt. Die alliierten Regierungen wären vollkommen berechtigt gewesen, sich zu weigern, die Rolle wieder zurückzunehmen; sie hätten sich nicht um Kämpfe zu kümmern zwischen Berner und seiner Regierung, auch nicht um die Beziehungen, die er mit seiner eigenen Regierung unterhält. Seine Haltung wäre gewissermaßen das Dokument, das ihm überreicht wurde, weiterzugeben. Es hätte in der Hand der demissionierten Köpfe, was aber nunmehr unerlässlich ist, sei, daß man verlange, daß die deutsche Regierung einen Vertreter austausche, der fortgesetzt handeln und nicht lachend der Ausführung des Artikels 230 des Friedensvertrages zustimmen kann. Die alliierten Regierungen können nicht dulden, daß durch dieses Mandat irgend eine Verzögerung hervorgerufen werde. Nichts hindert daran, die Rolle direkt nach Berlin durch den Dolmetscher der alliierten Vertreter gelangen zu lassen. Auf alle Fälle ist der Hauptartikel gekommen, Deutschland klar zu machen, daß die Verpflichtungen anhalten werden müssen.

Der „Temps“ sagt an der Spitze eines Artikels: Eine Herausforderung wurde den Alliierten von Berner entgegengebracht. Die Vorkämpfer der liberalen Demokratie sind schon am Vormittag mit dem Willensentscheid und nach nachmittags die Folgen prüfen. Sie sich daraus ergeben. Wird Deutschland sich mit seinem Ex-Funktionär, der aus dem Friedensvertrag von Versailles einen neuen Vertrag machen will, so darob erklären? Das müßte man wissen und werde es wohl wissen.

Die britischen Blätter äußern sich sehr scharf über die Angelegenheit.

Amsterdam, 5. Febr. (W. B.) In der Zeitung „De Pers“ von Berner, die die Rolle der deutschen Schuldigen an die deutsche Regierung zu übermitteln, schreibt der Telegraph, es sei sehr gut möglich, daß man am Vorabend einer sehr ersten Krise in der Durchführung des Friedensvertrages liege.

Der „Kleine Rotterdamse Courant“ ist der Ansicht, daß Berner das Dokument deponiert hat, daß er sich mit seiner Übermittlung nicht belassen wollte.

Das „Allgemeine Handelsblatt“ schreibt, das Vorgehen Berners gebe einen Vorgeschmack davon, vor welche Schwierigkeiten die deutsche Regierung durch die Auslieferungsgesetze die die Schwierigkeit von allen unangenehmen Fragen, die sie bisher zu lösen hatte, zu werden drückt, gestellt sehen wird.

Baden-Baden, 4. Febr. Im Wartesaal des Kurhauses veranfaßten gestern abend die Deutsche (liberale) Volkspartei und die Deutschnationalen Volkspartei eine Protestversammlung gegen die Schmach der Auslieferung deutscher Volksgenossen, welche auch, offensichtlich sehr reich besucht war. Nach Begrüßung der Anwesenden durch Herrn Geh. Reg.-Rat von Kusenberg, die Herr Hillbrand und Herr Professor Max Weber anwesend, in welchen sie mit eintrachtvollen Worten gegen die Auslieferung deutscher Väter an die Entente protestierten, worauf folgende Entschließung vorgelesen und einstimmig angenommen wurde:

„Recht als lauter patriotisch gefasste Männer und Frauen Baden-Badens protestieren einstimmig gegen die uns ansehende Schmach, daß diese Hunderte, darunter die besten unserer Kameraden, von ihren eigenen Volksgenossen den Blutgülden unserer Gegner überantwortet werden sollen. Sie erklaren schon in der feindlichen Summation allen einen bittern Hohn auf das seit unvorstelligen Zeiten von allen Kulturvölkern anerkannte Staatsbürgerrecht, nach welchem selbst die Väter nicht als einer fremden Regierung zur Aburteilung ausgeliefert werden dürfen. Sie warnen vor jeder freiwilligen Selbstverleugung, die in diesem Sinne Teil des 4. Jahres im Jahre bewilligten Abwesens, sondern eine Unterwerfung unter den auch nach dem Friedensschluss für uns lebendig erhaltenen Verhältnissen unserer Väter wäre. Gleichzeitig werden alle Deutschen ohne Unterschied der Partei aufgefordert, sich geschlossen vor die deutsche Volksgenossen zu stellen.“

Mit dem gemeinsamen Gelang des Abends „Deutschland“ wurde die Versammlung sodann vom Vorsitzenden geschlossen.

Deutsche Offiziere.

Gerade heute, da die Entente von uns die Auslieferung so vieler tapferer Offiziere fordert, wird unsere Befreiung eine wahrhaftige Erlösung des kampfenden Offiziers, des tapferen Kämpfers im Weltkriege, die ein Soldat in der Weltbahn gibt.

Es einst der große Aufstand in Südwest-Afrika kam, gingen Verstärkungen hin, und schwere Kämpfe fanden statt. Dem Heere der Zeitungen ist das zunächst kein Eintrag. Der „Simplicissimus“ präparierte einen Reizmittel, der im afrikanischen Busch sein Kanonier ludt und darum das Gesicht einstellt. Dann trafen die Verurteilten ein, und im Ru erjard das Geschick. Das deutsche Volk sah, daß seine Offiziere sich nach mit Anstand und Würde ließen, daß die alten Soldaten in der Selbstbeherrschung, Tapferkeit, Unerschrockenheit noch lebendig waren. Der Offizier in Deutschland konnte wieder den Kopf erheben, dank der Tapferkeit seiner afrikanischen Kameraden. Man hörte von dem blühenden verwundeten Major von Ravenhorst, der im Vorzuge von Groß-Nabas einem Unteroffizier, der ihm einen Schuß Kotswein brachte, sterbend gesagt hatte: „Trinken Sie sich, — Sie können noch schlucken.“ Ich habe diesen Reizmittel gefolgt; er war der Top des vorwegenen, übermütigen Draufgängers, immer vergnügt, immer laut, immer bereit, seine ganze Person einzusetzen. Die Gefahr zog ihn an, der Kampf reizte ihn und war sein eigentliches Lebenselement.

Selbst Naturen und es viele in der Armee. Am Frieden gingen sie nach Afrika, wie Wismann und andere, oder sie gingen über die „Höhle“ wegen Schulden und wirkten im Ausland als Pianiere des Reichstums. Ihre Stellung in Afrika ist zum größten Teil von früheren Offizieren geschaffen worden, denen Deutschland zu eng und zu langweilig geworden war. Ich möchte diesen Top des Soldaten als einen der besten bezeichnen. Das waren Männer, denen in allen Stürmen des Weltkrieges ihre Kompagnien und Bataillone blindlings folgten. Diese Offiziere waren nicht Feinde, und sie brauchten aus keinen Kriegsgesichtern, um die Welt in aufrechtzuhalten. Sie waren oft der Schwere der Vorgesetzten, weil sie überflüssig darüber machten, daß kein Vorgesetzter ihrer Truppe zu nahe kam. Der gute Offizier fand drei und ist vor seinen Untergebenen, und weche dem Vorgesetzten, der in seine Truppe hineinredete, solange der Führer vor der Front war. Der gute Offizier ärgerte sich immer nur über die Vorgesetzten, nie

über seine Leute, und diese hatten dafür ein sehr feines Empfinden. Der Rittmeister Graf W., alter Garde-du-Corps, führte sein Bataillon mit dem Späterkämpfer in der Hand. Dieses schmerzend, immer freundlich, lebenswichtig und vergnügt, mit den Besten gelegentlich flüchtig schändend, ging er im schwersten Feuer vor seinen Grenadiere her. Niemand hat je ein unfreundliches, grobes oder häßliches Wort von ihm gehört. Verwundete im Lazarett sprachen von ihm mit Tränen in den Augen, denn selbstverständlich hielt er, lächelnd und als Edelmann, wie er gelebt hatte.

Der Rechtsanwalt M. in Berlin war als Offizier abgegangen, weil ein Wund der Gehirnhautentzündung und dieser seine rechten Bein dauernde Stille eingetragene hatte. Als der Krieg ausbrach, meldete er sich sofort, und zwar zur Front. Vier Jahre lang humpelte er im Osten und Westen vor seinem Bataillon her und wurde siebenmal verwundet. Etappe und Heimarmee waren ihm zu gemein, obwohl er überhaupt nicht hätte mitzugehen brauchen.

Dem Hauptmann H. vom Feldartillerie-Regiment 24 ist ein Granat splitter das rechte Bein fort. Nach einiger Zeit tauchte er wieder auf bei seiner Batterie mit einem künstlichen Bein, und jeder in der Batterie freute sich, als der nächste schwere Schuß in das Holzbein ging, das der Woffenmeister reparierte.

Alle diese Männer, deren Zahl in der Rheinarmee ungeheuer war, bildeten den Top des geborenen Soldaten, von dem es sowohl ernste, nachdenkliche wie lustige, leidenschaftliche Vertreter gab. Sie alle gingen, aus jedem Willen und rein instinktiv dorthin, wo die Gefahr am größten war. In der Etappe oder in der Heimarmee waren solche Männer nicht denkbar, auch nicht bei den Stößen.

Es gab aber auch eine große Anzahl Kanoniere, Männer von hohem idealen Willen und edlerem Blut, die sich in die Gefahr sogar drängten. Der letzte Kommandeur des 1. Garde-Regiments, Graf G., war solch ein Mann. Scharf hielt man ihn den „letzten Preußen“. Wenn gemeldet wurde, daß der Feind doch dem Punkt mit schweren Mörsern schloß, dann lief er sofort dorthin, stand aufrecht im blauen Feuer, war immer da, wo es am wildsten herging, und wenn das Regiment in Ruhe lag, war er persönlich bei jeder Übung dabei. Er war die Vorbildung dessen, was man in der Armee den Geist von Potsdam nannte.

Ein anderer Top waren die vielen Offiziere, die nicht aus innerem Drang, sondern nur aus Pflichtgefühl kämpften. Leute, die vielleicht von Natur bedusam und vorzüglich waren und inneren Widerwillen gegen das ganze Kriegsgeschehen hatten. Es gehört für jemand, der — lagern mit einmal ganz ruhig: Angst hat, wenn die Augen schließen, wirklich große Selbstbeherrschung dazu, sich nichts anmerken zu lassen, so zu tun, als wenn man keine Angst hätte, ruhig zu bleiben. Bisher zu geben, sich zu exponieren des guten Beispiels halber. Man kann sagen, daß die Armee immer anständiger wurde, je weiter man nach vorne kam. Die Offiziere der Kampfdivisionen waren in überlegender Anzahl Männer, auf die das deutsche Volk stolz sein darf. Keine Hand der aristokratisch denkende Teil der Offiziere — hinten waren die Schleier, Geschichtsmacher und Preisrichter, die höchsten Stellen, die an dem Welterbrand ihre Verwirklichung suchten, die im Kriege teilweise reich geworden sind und sich gute Stellen in Industrie und Handel erworben haben.

Ich behaupte, daß aus allen Kreisen der Gebildeten und Hochgebildeten hervorragende deutsche Offiziere der kampfenden Truppen — der kampfenden — hat im Kriege sein Vorgesetztenpflichten erfüllt und seinen Untergebenen gegenüber im Allgemeinen nicht verlagert. Seine Feindschaft waren: Tapferkeit, Selbstbeherrschung, Unerschrockenheit und, mit wenigen Ausnahmen, ein gutes Verhältnis zwischen Vorgesetzten und Untergebenen. Wir behandeln unsere Untergebenen nie mit der schändlichen Rohheit und Gemeinheit der französischen Offiziere. In der Niederlage sind die kampfenden Truppen und ihre Offiziere unschuldig.

Die Sonderbündel am Rhein.

Von Justizrat Galt, Köln.

Am 22. Januar wurde im Hotel Spiegel zu Vöppard die Rheinische Volksvereinigung zur Vertretung der Interessen der rheinischen Länder gegründet. Der Vorstand dieser Neugruppierung der Sonderbündler setzt sich in der Hauptsache aus bekannten Zentrumsleuten zusammen. Den Vorsitz führt der bekannte Oberförster Kasper, dessen Besuch bei General Mangin in sein Mandat zur preußischen Landessammlung gelöst hat. Unter den übrigen Vorstandmitgliedern befindet sich Herr Dr. Dörten, der „Brüderbund“, der es bis dahin so nieden hatte, im Licht der Öffentlichkeit sein Zusammenwirken mit den Kasteri und Genossen zu zeigen. Das hatte seinen guten Grund. Noch am 15. November hat die Rheinische Volkswacht, das Parteiblatt der Rheinischen Zentrumspartei, in scharfer Kritik sich gegen die Dörtenleute und die von ihnen schon damals beabsichtigte Rheinische Volksvereinigung gewendet. Mit Dr. Dörten gebe es für jemand, der dem Zentrum angehöre, keine Einigung. Trotz dieser mannhaften und ernstgemeinten Warnung haben die Kasteri, Grand-Agn und Frau Jachert, die Gollin eines bedauerlichen der Rheinischen Volksvereinigung, es für richtig gehalten, sich offen und vor aller Welt in Dr. Dörten in dieser „die Position des Rheinlandes einwirkenden Vereinigung“ zusammenzuschließen. Man kann nicht annahmen, daß die Rheinische Zentrumspartei von dem scharf ablehnenden Einstand, den sie im September vorigen Jahres auf ihrem Parteitag gegen Dörten und seine Genossen eingenommen hat, zurückgetreten ist, oder in Zukunft abweichen will. Dem Gegenteil ist die erste Aufgabe festzustellen, daß in Köln wenigstens die rheinischen Führer des Zentrums Schuler in Schwitz mit den Vorkämpfern der anderen politischen Parteien die Volksvereinigung befehlen. Aberhin hat die separatistische Bewegung ursprünglich im Zentrumslager ihre Wurzeln und tapfersten Anhänger gefunden und wird auch jetzt noch in der Hauptsache von Personen geleitet, die die Leute der Zentrumspartei in führender Stellung angehört haben. Die große Masse der Partei, insbesondere die wirklich organisierte Arbeiterschaft, lehnt aber in geschlossener Front diese Bestrebungen mit Entschiedenheit ab.

Was über die Verhandlungen in Vöppard bekannt wird, zeigt, daß die leitenden Gesichtspunkte für die Bestrebungen bis er nicht überall richtig eingeschätzt worden sind. Die parteipolitischen, kulturellen und lokalpolitischen Beweggründe, die das erste Aufkommen des Gedankens einer rheinischen Republik zur Flamme entfachen wollten, sind hinter wirtschaftlichen Forderungen, Interessen und Belangen zurückgetreten. Man will loskommen von den schweren wirtschaftlichen Lasten, die der verlorene Krieg und der unglückliche Frieden Deutschland auferlegt hat. Ich will mein Verlangen beifügen und bin deshalb unbedingt Anhänger der Rheinischen Republik“ erklärte ein Teilnehmer der Vöpparder Besprechung. Von anderer Seite wurde dort erklärt, man müsse die großen Vermögen von den Reichsfeuern, namentlich vor dem Reichsnotopfer bewahren. Deshalb sei die Rheinische Republik nötig. Teilweise, aus mammonistischem Geist geborene Forderungen kann man ihm selbst auch an anderer Stelle im Rheinlande hören. Damit soll aber nicht gesagt sein, daß die Bestrebungen lediglich aus dem herab, überaus verwerflichen Anschauungen ihre Nahrung ziehen.

Die Zustände im übrigen Deutschland, die bei der bisherigen Abfertigung der Rheinlande oft nur durch übertriebene, manchmal auch durch überwältigende Schilderungen am Rhein bekannt werden konnten, geben wirtschaftlichen Kreisen vielfach Anlaß zu ernster Befürchtung. Während die linksrheinische Industrie über ihre Beschäftigung und über ihre Gewinnmöglichkeiten im allgemeinen nicht klagen kann, befürchtet man vielfach den Zusammenbruch von Handel und

Handel rechts des Rheins. Man sucht nach einer Möglichkeit, sich dem allgemeinen Zusammenbruch zu entziehen. Die Furcht vor Putzchen, vor Staats, vor Terror bringt diesen Bestrebungen neue Nahrung. Rausch gesellschaftliche Bestimmungen haben auch nicht genügend Rücksicht genommen auf die Verhältnisse, wie sie nun einmal unter dem Druck der Befähigung und der wirtschaftlichen Umgestaltung am Rhein geworden sind. Man fragt auch vielfach über den Mangel an einheitlicher Führung der Geschäfte seitens der Berliner Zentralstellen. Endlich wird nicht selten die Befürchtung laut, daß man in Berlin die Interessen der Rheinländer nicht schütze und zu wenig Wert darauf lege, was aus ihnen werde. Alle diese, aus so innerlich verschiedenen Anschauungen und Beweggründen zusammenschließenden Stimmungen und Meinungen sind nicht ungefährlich. Sie zu bekämpfen ist eine dringende Aufgabe der politischen Parteien wie der Regierungen in Reich und Staat. Die Gefahr vermindert sich in demselben Maße, in dem die Zustände in dem übrigen Deutschland sich bessern, sie wächst mit deren Verschärfung. Eine Lösung des deutschen Reiches wünschten zweifellos nur ganz wenige Rheinländer. Die Bestrebungen gipfeln in den meisten Köpfen in dem Verlangen nach „rheinischer Autonomie“ innerhalb des Rahmens des deutschen Reiches. Man will von Berlin los, d. h. von Preußen und löst, auf dem Boden rheinischer Autonomie zu geschäftlichen, politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Zuständen gelangen zu können. Klarheit über die Einzelheiten besteht nur bei Wenigen. Die Realisations- und Revolutionspsychologie äußert sich am Rhein häufig in der besonderen Form des Strebens nach einer unklaren Sonderstellung. Jede der politischen Auffassung ist es, den Rheinländern immer wieder die Gefahr vor Augen zu führen, die dieses Streben in sich birgt. An dieser Auffassung lassen es die politischen Parteien nicht fehlen. In den Wahlen- und Wahlenbestrebungen der rheinischen Großstädte findet der Aufruf zum Kampf gegen die Separatisten immer wieder stürmischen und begeisterten Widerhall. Diese Tatsache darf aber nicht zu der Auffassung führen, als ob es den Sonderbündlern an Anhängern und an Einfluss fehle. Wenn man jetzt in Vöppard die Worte hat fallen lassen, so scheint das doch darauf anzudeuten, daß man Morgenluft misst. Vielleicht hat man insbesondere die Zentrumspartei vor eine schwierige Entscheidung stellen wollen. Vielleicht aber glaubt man auch, daß die Möglichkeit zur Durchführung einer Landesvereinerischen Politik gegeben sei, denn landesvereinerisch ist das, was man in Vöppard beschlossen hat sowohl nach den bekannt gewordenen, oben wiedergegebenen Beweggründen des Vorgehens, als auch nach dem Ziel, das verfolgt wird.

An der dort gefassten Entschließung wird „mit aller Entschiedenheit die sofortige Aufstellung des alten Preußens als unabwendbare Vorbedingung für die Wiedergewinnung Deutschlands und die weiteste Autonomie für die neu gebildeten Gliedstaaten“ gefordert.

„Für das besetzte Gebiet“ fordert man „aus Gründen der inneren und äußeren Politik die sofortige Bildung eines auf freier Wahl der Bevölkerung beruhenden Parlaments und erwartet, daß die jetzigen rheinischen Parlamentarier den Forderungen mit Nachdruck zur Verwirklichung helfen.“

Das werden die jetzigen Parlamentarier nicht tun. Sie würden sonst ihre Aufgabe vollkommen verstehen und dem Deutschtum und der Zukunft unseres Vaterlandes unübersehbar und unerfüllbaren Schaden zufügen. Das, was diese rheinische Volksvereinigung will, das ist, richtig verstanden, nicht mehr ein gleichberechtigtes Rheinland innerhalb des deutschen Reiches, sondern ein Staatswesen, das die „weiteste Autonomie“ besitzen, also möglichst selbstständig werden, das nicht mehr mit den anderen deutschen Ländern gleiche Pflichten tragen soll. Wer zwischen den Jellen zu lesen versteht, der sieht, daß man die Zusammenhänge mit dem Reich möglichst lockern und sich, soweit wie möglich, außerhalb des Reiches stellen will. Die in Art. 18 der Reichsverfassung vorgesehene zweijährige Sperrfrist, innerhalb deren die Bildung neuer Länder im Rahmen des Deutschen Reiches unterlagert ist, wird von den Sonderbündlern mißachtet. Sofort soll Preußen aufgeteilt, sofort soll die weiteste Autonomie für die neu gebildeten Gliedstaaten eingeführt und sofort soll für das besetzte Gebiet ein Parlament einberufen werden aus Gründen der inneren und äußeren Politik. Damit ist eigentlich alles gesagt, was gesagt werden könnte. Die Herrschenden fühlen sich unter dem Schlag der Entente offenbar sehr sicher, daß sie aus ihren wirklichen Plänen kein Hehl machen.

Die Herren der rheinischen Volksvereinigung müssen nicht glauben, daß sie Gelegenheiten finden werden, ihre Pläne durchzuführen. Auf gesetzlichem Wege werden sie ihr Ziel nicht erreichen können. Sollten sie aber zu Mitteln der Gewalt greifen wollen, so werden sie Widerstände finden, auf die sie nicht rechnen. Das rheinische Volk wird sich nicht unter das Joch beugen lassen, das die Herren Dörten und Kaster für es bereitet halten. Noch ist der Geist in den ferndeutschen Landen am Rhein ungebrochen und stark genug, um aus eigener Kraft den Landesverrat Einzelner abzuwehren zu können. Wir können allein mit den Rheinländern fertig werden. Das entbindet aber die Regierung des Reiches u. der Länder nicht von der Pflicht, alle Maßnahmen, die sie treffen, sorgfältig auf die Wirkung zu prüfen, die sie im besetzten Gebiet auslösen können. Das ist bisher nicht immer geschehen. Die politischen Parteien und ihre Anhänger müssen sich bewußt sein, daß der wüste Parteikampf, der in der häßlichsten und abstoßendsten Form von rechts und links eingeleitet hat, im Rheinland in erster Linie einen zu gute kommt, die in Selbstsucht und Verblendung die Art an die Wurzel des Deutschen Reiches legen.

Letzte Meldungen.

Kriegsgefangen, 4. Februar. (W. B.) Ein aus Odessa eingegangenes Radiotelegramm meldet, daß die Bolschewisten in die verlassenen den Ton zu überführen, von den Truppen Denikins geschlagen wurden. Denikin machte 8000 Gefangene und erbeutete 60 Kanonen und 150 Maschinengewehre. Die bolschewistischen Truppen wurden zerstreut und die Kanoniere, die von einer Panik ergriffen wurden, ging über den Don zurück.

Wahl eines Reichstages im Verfassungsamt. Berlin, 3. Febr. (W. B.) Die langwierigen Verhandlungen im Verfassungsamt über die Wahl zum Reichstag, der nur zwischen dem Reichsverband der Deutschen Reichsvereine, dem Reichsverband der Arbeitervereine und dem Reichsverband der Angestellten und dem Gewerkschaftsbund zum einen und dem Reichsverband der Arbeitervereine zum anderen, welcher eine große Mehrheit der Verfassungsamtmitglieder angehört, ist am 3. Febr. beendet worden. Das Reichsamt hat sich für die Wahl zum Reichstag entschieden. Die Angestelltenvereine, die sich im Reichsverband der Arbeitervereine befinden, sind im Reichsamt vertreten. Die Arbeitervereine sind im Reichsamt nicht vertreten. Der Reichsverband der Arbeitervereine ist im Reichsamt nicht vertreten. Der Reichsverband der Arbeitervereine ist im Reichsamt nicht vertreten. Der Reichsverband der Arbeitervereine ist im Reichsamt nicht vertreten.

Handelsblatt des Mannheimer General-Anzeiger

Die Preissteigerung am Holzmarkte.

Ein Rückblick auf das Jahr 1929.

Preisaufläufe bei Holz, wie sie in dem zurückliegenden Jahre zu verzeichnen waren, stehen in der Geschichte des süd-deutschen Holzhandels einzig da. Forschern wir nach den Gründen der geradezu phantastischen Preisprüfung, so finden wir als Hauptursache die stark sinkende Valuta und mit dieser in Verbindung die ungeahnte Möglichkeit des Exports nach solchen Ländern, die in regulären Zeiten für deutsche Hölzer kaum aufnahmefähig waren. Wenn auch zugegeben werden muß, daß Holland schon in der Vorkriegszeit Holz von Deutschland bezogen hat — meistens waren es nur Rundhölzer für Pfahlbauten — so verschwinden die damaligen exportierten Quantitäten aber hinter den Mengen, wie sie im Jahre 1929 dahin ausgeführt wurden. Als ein weiteres Holzauflaufmehrer kam Frankreich in Betracht, wie auch die nach der Schweiz exportierten Mengen weit über diejenige in der Vorkriegszeit gingen. Hierzu gesellte sich noch Belgien. Die Mengen, die so nach dem Auslande wanderten, fehlten an einheimischen Märkten, an dem sich der Bedarf nichtig zu heben begann, nachdem er für private Zwecke während des Kriegs in den Hintergrund treten mußte. Die exportierenden Firmen suchten mit aller Macht Rohmaterial heranzubekommen, um daraus die Ausführware herzustellen.

Vom Rundholzmarkt nahm die Hausbewegung ihren Ausgang. Gegenseitig trieben die Sägewerke bei den Verkäufen die Preise in die Höhe. In welchem Maße die Nachrundholzpreise gestiegen sind, läßt die nachfolgende Zusammenstellung erkennen, die die Bewegung der Werte bei den Verkäufen in den württembergischen Staatswäldungen darstellt. Es wurden in Prozenten der Richtpreise erzielt:

für 1 cbm. Rundholz		für 1 cbm. Rundholz	
Januar	115	Juli	190
Februar	123	August	214
März	135	September	272
April	148	Oktober	358
Mai	158	November	500
Juni	170	Dezember	580

Die Aufwärtsbewegung der Rundholzpreise mußte sich naturgemäß auch auf die Werte der fertigen Schnittware übertragen. Es kosteten pro Kubikmeter 1" starke, unsortierte sägefallende Bretter im Einkauf in Bayern:

Ende Januar		Ende Juli	
6"	95—105	6"	170—180
8"	118—125	8"	195—205
10"	125—135	10"	225—230
12"	130—145	12"	370—380
14"	145—150	14"	490—500
16"	155—165	16"	750—825

Da ein Rad in das andere griff, mußten auch die Verkaufspreise der Großhändler den immer höher gehenden Einkaufspreisen folgen. Die nachstehende Tabelle veranschaulicht die Bewegung der Preise, die sich für die 100 Stück 16" langer und 1" starke Ausschubretter, frei Schiff mittelhessischer Stationen, verzeichnen:

Ende	6"	8"	10"	12" breit
Januar	195—215	255—285	320—355	405—425
Februar	210—215	275—285	340—360	410—430
März	230—240	310—315	385—395	465—475
April	255—265	340—345	425—455	500—520
Mai	280—285	370—380	465—475	560—570
Juni	310—315	420—430	520—540	640—650
Juli	330—335	440—450	550—560	660—670
August	360—375	485—495	610—620	730—740
September	450—460	600—610	750—760	900—910
Oktober	655—665	875—885	1090—1100	1300—1310
November	880—900	1190—1200	1480—1490	1780—1790
Dezember	1245—1250	1650—1670	2075—2085	2495—2510

Aus den vorstehenden Zahlen ist ersichtlich, daß die Einkaufspreise der unsortierten Bretter sich von Januar bis Ende Dezember etwa verdreifacht haben, während die Verkaufspreise des sortierten Materials sich nur verdreifacht haben. Die Gründe der ungleichmäßigen Preissteigerung im Ein- und Verkauf dürften wohl darin zu suchen sein, daß bei der Eindeckung in den südwestlichen Produktionsgebieten der Wettbewerb stets die schärfsten Formen zeigte, beim Verkauf der Ware nach dem Mittelrhein aber die dortigen Abnehmer durch vorsichtigen Einkauf die Preise immer etwas unter Druck hielten. Was die Preissteigerungen im allgemeinen begünstigte, das war die große Knappheit an Ware — Roh- und Fertigwaren. Die Ansicht, daß eine merkliche Einschränkung des Exports die Preise wieder in ein gesünderes Fahrwasser bringen würde, war nicht zutreffend, denn als — allerdings reichlich spät — behördlicherseits die Ausfuhr kontingiert wurde, zeigte sich kein Abfall der Preise, im Gegenteil, die Bewegung ging unbehindert nach oben. Ja selbst heute im Februar ist immer noch keine Änderung eingetreten. Ob sie die letzten vollzogene völlige Sperre der Ausfuhr von Holz nach dem Westen bringen wird, das steht noch dahin.

Die Währungsfrage im Saargebiet.

Der Vizepräsident des Reichsbankdirektoriums v. Glasenapp hat in seiner Besprechung Ende Januar in Berlin zur „Währungsfrage im Saargebiet“ Stellung genommen. Seine Ausführungen hierzu liegen nunmehr in Form einer Abhandlung vor. Glasenapp behandelt die Frage ausschließlich vom Standpunkt des wirtschaftlichen Interesses des Saargebietes. Er kommt hierbei zu dem Schluß, daß sowohl vorübergehend wie auf die Dauer der Einführung einer gesonderten Saarmark wie der Einführung der Frankenswährung die schwersten Bedenken gegenüberstehen, weshalb diesen Lösungen der dazwischen liegenden Geldverhältnisse widerraten werden muß.

Das ablehnende Urteil bezüglich der Schaffung einer Saarmark kann dahin zusammengefaßt werden, daß das Saarwirtschaftsgebiet viel zu klein und zu wenig geschlossen ist, um die Basis für eine Sonderwährung zu sein. Der Wunsch auf Einführung der Frankenswährung gründet sich zunächst auf Hoffnungen, daß Frankreich im Saargebiet die Mark im Verhältnis von 1 : 1,25 Fr. auf Staatskosten umtausche, Glasenapp zweifelt an dieser Möglichkeit. Aber selbst, wenn dies der Fall wäre, würden die Folgen die sein, daß die Löhne statt auf Mark auf Franc lauten, daß damit aber keine erhöhte Kaufkraft gäbe, weil die Preise im Innengebiet auch auf Franc lauten. Dabei würde aber der Zusammenbruch der Geldinstitute und Sparkassen wegen der geänderten Verpflichtungen nicht zu vermeiden sein. Aber selbst dann, wenn man diese Folgen des Übergangs in Kauf nehmen wollte, würde die Einführung der Frankenswährung aller Voraussicht nach auf die dauernde Gestaltung des Wirtschaftslebens im Saargebiet schwere nachteilige Wirkungen auslösen. Sie liegen in der Richtung, daß das Saargebiet wirtschaftlich nach wie vor nach Deutschland zeigt, bei Frankenswährung aber für Ein- und Ausfuhr Valutavollmannern aufgerichtet werden würden, für deren Schäden die Verbindung mit Frankreich, dessen Währung gleichfalls niedergeht und weiter sinken wird, kein Ersatz sein kann.

Glasenapp schließt seine Ausführungen wie folgt: „Ich kann nur die Aufrechterhaltung der Reichsmarkenswährung im Saargebiet dringendst und wärmstens befürworten. Freilich bleiben dabei erhebliche Nachteile bestehen,

die durch die Lage der Valutaverhältnisse bedingt sind und denen zur Zeit nicht wirksam begegnet werden kann. Es steht aber doch zu hoffen, daß künftige Entwicklung eine Besserung bringen wird, auf die Dauer wird die Valutadifferenz zwischen der Mark und dem Franken nicht in der gegenwärtigen Höhe stehen bleiben. Diese Entwicklung abzuwarten, erscheint das Gegebene und Liegende nicht nur im deutschen Interesse, sondern insbesondere auch im wirtschaftlichen Interesse des Saargebietes selbst.“

Daß neben den wirtschaftlichen Gründen auch die politischen Gesichtspunkte berücksichtigt werden müßten, sei angedeutet. Sie machen es zur absoluten Notwendigkeit, daß das einigende Land der Markwährung erhalten bleibt. Im anderen Fall würde die Aussicht auf eine bleibende Zugehörigkeit des Saargebietes zum deutschen Reich sich wesentlich vermindern.

Zusätzlich zeigen aber diese Ausführungen, worin die Gefahr der Selbständigmachung der rheinischen Gebiete der Pfalz etc. liegen, wobei die Väter dieser landesverräterischen Bewegung jetzt mehr denn je mit dem Gift hausieren gehen, daß die Bevölkerung mit der politischen Verfestigung die Befreiung aus der deutschen Valutakrise zu erwarten hätte und damit klingenden Vorteil für den Abfall von der deutschen Einheit versprechen.

Verein deutscher Oelfabriken, Mannheim.

Im vergangenes Betriebsjahr konnten die Reichsstellen reichliche Mengen an Rohwaren zuteilen, so daß besonders in der zweiten Hälfte des Jahres die Betriebe besser beschäftigt waren. Der Bruttogewinn beläuft sich laut Gewinn- und Verlustabschluss auf M. 2.947.012 M., der sich aus Gewinnvortrag (Mark 275.948), Betriebsüberschuß abzüglich Unkosten im Betrage von 2.021 Mill. M. und 650.488 M. Zinsenentnahmen zusammensetzt. Die Abschreibungen beziffert sich auf 412.740 M. (i. V. 175.000), so daß ein Reingewinn von 2.534.272 M. (2.472 Mill. M. i. V.) verbleibt. Hieraus soll laut Vorschlag des Aufsichtsrats insgesamt 12% Dividende verteilt werden; dem außerordentlichen Reservefonds werden M. 112.965 überwiesen; für Gratifikationen und vertragsmäßige Tantiemen M. 255.941, für Beamtengrattifikationen etc. insgesamt 50.000 M. verwendet, so daß ein Vortrag auf neue Rechnung in Höhe von M. 306.654 verbleibt. Das Kriegsverrechnungskonto mit M. 800.000 verbleibt zur Verfügung des Aufsichtsrats.

Die Bilanz weist folgendes Bild aus: Aktiva: Konto der Fabriken, heutiger Bilanzwert bei bisher erfolgten Gesamtabschreibungen von 9.016 Mill. M. nummehr 9.521.596 M., Mobilien, abzüglich 226.083 M. Gesamtabschreibungen noch 83.670 M., Waren und Vorräte 724.248 M. (i. V. 1,13 Mill. M.), Effekten 6.779.422 M. (6,1 Mill. M.), Debitoren 52.743.166 M. (2,04 Mill. M.). Die Passiva betragen bei 14 Mill. M. Aktienkapital Konto-Korrent, Kreditoren 46.646.150 M. (2,4 Mill. M.), Reservefonds 2.118.488 M., die Obligationenschuld 1,6 Mill. M., der außerordentliche Reservefonds (M. 1.590.351) und die übrigen Posten der Bilanz sind nur unwesentlich verändert.

Auf der Tagesordnung der am 12. Februar stattfindenden Generalversammlung steht auch der bereits mitgeteilte Antrag über die Erhöhung des Aktienkapitals um 3 Mill. M. durch Ausgabe von Vorzugsaktien mit 25% Einzahlung, fünfteljährigem Stimmrecht, beschränkt auf 6% Dividende und übertragbar nur mit Zustimmung des Aufsichtsrats.

Deutsche Hypothekenbank in Meiningen.

Laut Bericht des Vorstandes ist das Erträgnis beeinträchtigt durch das ungünstige Anschwellen der Ausgaben für Gehälter und Unkosten etc. Höhere Einnahmen haben diesen Mehraufwand nicht vollständig auszugleichen vermocht. Der Besitz festverzinslicher Reichs- und Staatsanleihen hat durch den ständigen Rückgang der Kurse seit Jahren schwere Verluste gebracht. Um dieses Risiko in Zukunft auszuschalten, sind diese Bestände größtenteils veräußert und dafür kurzfristige Schatzwechsel erworben. Der Wohnungsmangel wird trotz der rückläufigen wirtschaftlichen Entwicklung und des Verlustes an Menschen im Kriege für absehbare Zeit den jetzigen bedrohlichen Umfang behalten. Der Besitzwechsel hat im Berichtsjahr eine Höhe erreicht, wie nie zuvor. Auch die bereits im Vorjahr erwähnte lebhaftere Bewegung auf dem Hypothekemarkt hat weiteren Umfang angenommen. Die Hypothekenzahlungen haben rund 17 1/2 Millionen Mark betragen. Die Neuaussahlungen betragen sich demgegenüber nur auf 13 Millionen. Der Absatz von Pfandbriefen überstieg in der ersten Jahreshälfte den Rücklauf, dann trat ein Rückschlag ein. Der Pfandbriefumsatz hat sich um rund 8 Millionen Mark vermindert. Die Einnahme aus Hypothekenzinsen erwah 24.724.688 M. Die Gesamtneueinnahme belief sich auf 27.377.516,69 M., das sind 363.010,02 M. mehr als im Vorjahr. Die Verzinsung der Pfandbriefe erforderte 22.026.463,34 M. und hat sich um 100.337,17 M. erhöht. Der Zinsüberschuß betrug daher 3.351.053,35 M. also 256.672,85 M. mehr als im Vorjahr. Der Reingewinn stellt sich auf 3.192.259,82 M. gegenüber 3.226.353,79 M. im Vorjahr, woraus eine Dividende von 7 1/2%, wie in den Vorjahren verteilt werden soll.

Aus der Bilanz sei erwähnt, daß bei 20,5 Mill. M. Guthaben bei Banken und noch vorhandenen Wertpapieren von 2,8 Mill. M. der Bestand an Hypotheken sich auf 572.684.693 M. beläuft. Demgegenüber belaufen sich die Pfandbriefe bei 31,5 Mill. M. Aktienkapital auf 260.653.900 M.

Börsenberichte.

Frankfurter Devisenmarkt vom 5. Februar.

	Geld	Brief		Geld	Brief
Antwerpen	676,75	1.78,25	Norwegen	1695,50	1701,80
Holland	3706	3714	Schweden	1818,25	1821,75
London	327,05	328,55	Finsland	420,00	420,00
Paris	678,75	678,35	New York	—	—
Schwiz	1876	1878	Wien alte	38,45	38,55
Spanien	1688,80	1691,40	Oesterreich	29,75	30,25
Sachsen	827	8	Budapest	82,45	82,55
Lissabon	—	—	Prag	87,58	88,50
Dänemark	1469,50	1471,50			

Antilhe Devisenkurs.

Für 100 der Landeswährung in Mark.

Für drahtliche Auszahlungen	Mönsparität	Kurs 18. Sept.	4. Februar		5. Februar	
			Geld	Brief	Geld	Brief
Holland	100 %	148,75	151,1	151,1	151,1	151,1
Schweden	100 Kr.	117,50	117,50	117,50	117,50	117,50
Norwegen	100 Kr.	112,50	112,50	112,50	112,50	112,50
Finland	100 Mk.	41,1	41,1	41,1	41,1	41,1
Schwiz	100 Fr.	81,1	81,1	81,1	81,1	81,1
Wien alte	100 Kr.	38,45	38,45	38,45	38,45	38,45
Wien neue	100 Kr.	38,45	38,45	38,45	38,45	38,45
Prag	100 Kr.	87,58	87,58	87,58	87,58	87,58
Sachsen	100 Mk.	827	827	827	827	827
Sachsen (Börsen)	100 Mk.	827	827	827	827	827
London	100 £.	327,05	327,05	327,05	327,05	327,05
New York	100 \$.	1695,50	1695,50	1695,50	1695,50	1695,50
Frankfurt	100 M.	100	100	100	100	100

Das Börsengeschäft am Rubetag.

Frankfurt, 5. Febr. (Draht.) In geschäftlicher Beziehung zeigte sich am heutigen Börsenruhetag geringe Tätigkeit. Infolge der politischen Lage herrschte große

Zurückhaltung vor und es schien, als ob die Spekulation eher zu Realisationen geneigt sei. Bessere Kurse wurden für mexikanische Anleihen gesucht, während sich verschärfte Montan und vreluzelt Industriepapiere abschwächten. Kolonialwerte blieben gesuchter. Im freien Fröhverkehr stellten sich Devisen eher etwas fester. Holland und Paris blieben stark gefragt. New York wurden bis 98 Geld genannt. Französische Noten waren abgeschwächt, 673—676. Für die Mark Silber wurde 10,50 A genannt.

Berliner Produktenmarkt.

Berlin, 5. Febr. (Draht.) Am Produktenmarkt wurde für Hafer bei fester Tendenz wieder höhere Preise bezahlt infolge von Käufen für Schlesien und Mittel- und Süddeutschland. Auch Kommunen sind Käufer. Für gute Viktorienbrennen wurden die erneut gestiegenen Preise schlank bewilligt. Kommunen sind andauernd Käufer für Erbsen und Peluschen. Ackerbohnen und Lupinen blieben dauernd gefragt. Seradella schwächten sich bei zunehmendem Angebot ab. Heu und Stroh bewahrten ihre Festigkeit. Für Röhren und Möhren zeigte sich mehr Nachfrage. Einwandfreie Ware machte sich aber ziemlich knapp.

Wirtschaftliche Rundschau.

Deutsche Vereinbank Frankfurt.

Die Generalversammlung vom 30. Dezember hat bekanntlich die Erhöhung des Aktienkapitals von 30 Mill. A auf 4 Mill. A durch Ausgabe von 10.000 neuen Inhaberschaften beschlossen. Nummer 144 die Bank zur Ausübung des Bezugsrechtes ein, das in der Zeit vom 4. Februar bis 23. Februar einkehrt, geltend zu machen ist und zwar in Mannheim bei der Rheinischen Creditbank. Die Bezugsstellen vermittelten auch den An- und Verkauf von Bezugsrechten. Die Einzelheiten der Emission sind aus dem heutigen Inserat ersichtlich.

Eine ergebnislose Valutaschuldenkonferenz.

Am 2. Februar hat im Reichswirtschaftsministerium die angekündigte Sitzung stattgefunden, in der über die Frage eines Ausgleichs von Valutaschulden im neutralen Ausland beraten wurde. An den Beratungen nahmen Vertreter des Reichswirtschafts-, des Finanz- und des Justizministeriums teil. Wie wir zuverlässig hören, haben die Verhandlungen zu keinerlei positivem Ergebnis geführt und es besteht wenig Aussicht, die schwierige verwickelte Frage einer befriedigenden Lösung zuzuführen.

Genehmigung zur Ausgabe neuer Kommunalobligationen.

Der Pfälzischen Hypothekbank in Ludwigshafen wurde die Ausgabe von M. 5 Mill. 4% Kommunalobligationen genehmigt.

Deutsche Kalkwerke A.-G. Die Gesellschaft plant im Anschluß an den Erwerb der Kuxe von Karlsruhe und der Gewerkschaft Hermann II eine Kapitalerhöhung. Für das Ausmaß der Kapitalerhöhung gibt das Angebot auf diese Kuxe, 7000 A für einen Kux Karlstadt und 2500 A für einen Kux Hermann II einen Anhalt.

Deutsch-Australische Dampfschiff-Gesellschaft. In der zweiten außerordentlichen Generalversammlung war ein Kapital von 3.600.000 A vertreten. Der Antrag auf Erhöhung der Grundkapitals um 2.000.000 A auf 22.000.000 A durch Ausgabe von 2000 auf Namen lautenden Vorzugsaktien zu je 1000 A zum Nennwert wurde genehmigt. Die Art der Begebung wird vom Aufsichtsrat bestimmt. Die Vorzugsaktien werden mit achtstimmigem Stimmrecht ausgestattet werden.

Der Besuch der Leipziger Frühjahrsmesse wird wiederum außerordentlich stark werden. Beim Meßamt sind bis heute bereits über 10.000 Anmeldungen eingegangen, die sich bis zur Eröffnung der Messe sicherlich noch auf 12.000 erhöhen werden. Die technische Messe wird einen Besuch von etwa 2—3000 Ausstellern aufzuweisen haben.

Die Golddeckung des Weltnotenumschlusses. Die National City Bank in New York berechnet den Weltnotenumschlag auf 31 Milliarden Dollars der nur durch einen Weltgoldbestand von 3 Milliarden Dollars gedeckt ist.

Personalien. Bei der Aktiengesellschaft Klein, Schanlin u. Becker, Frankenthal (Pfalz), wurden die bisherigen Prokuristen, Herr Oberingenieur Fritz Steltz, Mannheim, und Herr Ludwig Overbeck in Frankenthal, zu stellvertretenden Direktoren ernannt.

Neueste Drahtberichte.

Erste Abschlagszahlungen an eisab-löthringische Industrie.

Berlin, 5. Febr. (Eig. Draht.) Laut „Information“ empfangen die deutschen Gesellschaften, welche Besitz in Eisab-löthringen haben, mit Genehmigung der französischen Regierung folgende erste Abschlagszahlungen: Geleischkirchen etwa 75 Mill. A, Lothringer Hüften 100 Mill. A, Königshütte 50 Mill. A, Rombacher 150 Mill. A, Hoersch Eisen 10 Mill. A, Gute Hoffnungshütte 20 Mill. A, Deutsch Luxemburger auch 20 Mill. A.

Lage und Prelpolitik im Stahlbund.

Düsseldorf, 4. Febr. (Draht.) In der letzten Sitzung des Stahlbundes wurde beschlossen, an den jetzigen Preisen für Lieferung ab 1. Februar festzuhalten, trotzdem in der Zwischenzeit eine starke Verschlechterung der Valuta eingetreten ist. Lediglich die inzwischen vollzogene Kohlenpreiserhöhung soll für die Eisenpreise Anwendung finden und zwar im Verhältnis von 1 zu 3 1/2 was eine Preiserhöhung um 150 A pro Tonne ausmacht. Hiernach würde sich der Stabeisengrundpreis von 2500 A auf 2650 A erhöhen und im selben Verhältnis auch der Preis der übrigen Eisen-erzeugnisse.

Kapitalerhöhungen.

Berlin, 5. Febr. (Eig. Draht.) Der Dividendenvorschlag der Norddeutschen Gummi- und Guttapercha-Warenfabrik ist 8% gegen 15% im Vorjahr bei gleichzeitiger Kapitalerhöhung von 1 1/2 auf 3 Mill. Mark Ausgabekurs 120%. Die Freiburger Papierfabrik beantragt eine Kapitalerhöhung um 1,65 auf 3,3 Mill. A. Die Wickingische Portland-Cementwerke in Münstertal W., welche erst im Dezember ihr Kapital um 1,60 auf 9 Mill. A erhöhte, beantragt neuerdings eine Erhöhung um 1,1 Mill. Mark zwecks Erwerb der Aktien eines anderen Unternehmens.

Fachliteratur.

Reichstagesgesetz 1929. Zweite Reihe. (Inhalt: Reichsnotopfergesetz, Umsatzsteuergesetz, Reichsabgabenordnung, Gesetz über die Steuernachsicht.) Textausgabe mit alphabetischem Sachverzeichnis. C. H. Beck'sche Verlagsbuchhandlung Oskar Beck, München. Preis gebunden 5,50 M. Damit ist in der Beck'schen Sammlung „Reichstagesgesetz 1929“ die zweite Reihe erschienen, die den Textabdruck der 14. Dezember v. J. verabschiedeten neuen Steuergesetze enthält. Ein Sachverzeichnis ist beigegeben. Die Textabdrücke der Gesetze sind auf Wunsch auch einzeln gehäftet in jeder größeren Buchhandlung zu haben.

Buchführung, Kalkulation und Steuerberechnung für Kaufleute, Fabrikanten und andere Gewerbetreibende. Leichtfassliche Anleitung. Bearbeitet von Hugo Meyerheim. Verlegt bei Handelspraktischer Verlag Berlin NO 43. Preis 5 A.

Valuta und Staatsbankrott. Von Dr. Alexander Rindler (Grundbegriffe der Politik, Heft 2). Leipzig 1929. K. F. Köhler, Verlag. Preis 2,50 A.

Städtische Konzerte im Rosengarten.

Sonntag, den 8. Februar abends genau 7 1/2 Uhr im Nibelungensaal:

Sonder-Konzert mit zwei Orchestern

Ausführende: Die vollständige Kapelle des ehemaligen Leb-Gren-Regts. aus Karlsruhe... Obermusikmeister Bernhagen... Grenadier-Kapelle... Leitung: Musikmeister Metzlg... Mehrere Instrumental-Solisten.

Den klassisch-romantischen Programm des aus 60 Musikern bestehenden Gesamt-Orchesters mit Werken und Solostücken von R. Wagner, Handel, Weber, Beethoven und Goldmark geht ein...

spezieller Teil: Standmusik voraus, mit dem die Karlsruher Kapelle in Bläserbesetzung gastiert.

Die Eintrittspreise (G. 1 und 1 Mk.) werden nicht erhöht. Vorverkauf ab Donnerstag im Rosengarten... Kassenschluss 11-1 und 1 1/2 bis 4 Uhr, Sonntags von 11-1 und 1 1/2 bis Konzertbeginn.

Rhein-Haardthahn-Gesellschaft.

Die Erigerung der Bühne und Materialhofen ufm. vertritt eine

weitere Tarifierhöhung

Mit Zustimmung der Ausschüsse ab 15. Februar 1920

in Kraft tritt. Die neuen Preise können im Betriebsbüro dort, wo bei den Benutzern und beim Straßenbahnamt Mannheim eingesehen werden.

Haut-, Hinsen-, Frauenleiden, Syphilis. Spezialarzt Dr. med. Heikander. Frankfurt a. M., Bethmannstraße 36, gegenüber Frankfurter Hof. Tel. H. 4953. E15 Täglich 11-1, 5-7 Uhr, Sonntags 11-1 Uhr.

Gegen Verluste durch Einbruch-Diebstahl, Beraubung, öffentl. Unruhen u. Plünderung. Stuttgart-Berliner Versicherungs-Aktien-Gesellschaft.

Ein grosser Transport Arbeits- u. Rassenpferde. D. Gärtner, Pferdehandl. H 7, 34. Telefon 3712. Stationstraße der Straßenbahn „Spol“.

Beste Schuh putz. Meine Frauergüsse sind nicht mehr so glänzend wie früher... Effax-Schuhcrem.

Effax Schuh putz. Meine Frauergüsse sind nicht mehr so glänzend wie früher... Effax-Schuhcrem. Fabrikanten: 3120 Chemische Fabrik Effax, Neuss (Nassau).

Deutsche Vereinsbank Frankfurt am Main

Bezugsangebot auf M. 10 000 000.— neue Aktien.

In der außerordentlichen General-Versammlung der Aktionäre der Deutschen Vereinsbank Frankfurt am Main vom 30. Dezember 1919 ist beschlossen worden, das Grundkapital von M. 30 000 000.— um M. 10 000 000.— auf M. 40 000 000.— zu erhöhen durch Ausgabe von Stück 10 000 auf den Inhaber lautenden Aktien über je M. 1000.— mit Dividendenberechtigung ab 1. Januar 1920. Das gesetzliche Bezugsrecht der Aktionäre ist ausgeschlossen worden.

Die sämtlichen Stück 10 000 neuen Aktien sind von einem unter Führung der Deutschen Bank in Berlin stehenden Konsortium übernommen worden mit der Verpflichtung, die Aktionären der Deutschen Vereinsbank zum Kurse von 112,50% derart zum Bezuge anzubieten, daß der Besitz von M. 3000.— bzw. M. 6000.— alten Aktien zum Bezuge von M. 1000 bzw. M. 2000.— neuen Aktien berechtigt.

Nachdem die Eintragung der durchgeführten Kapitalerhöhung in das Handelsregister erfolgt ist, fordern wir die Inhaber unserer alten Aktien auf, das Bezugsrecht unter nachstehenden Bedingungen auszuüben:

1. Die Geltendmachung des Bezugsrechts hat bei Vermeidung des Ausschlusses von Mittwoch den 4. Februar bis einschl. Montag den 23. Februar 1920 zu erfolgen. Das Bezugsrecht kann ausgeübt werden:

- in Berlin bei der Deutschen Bank, Frankfurt a. M. bei der Deutschen Vereinsbank, bei der Deutschen Bank, Filiale Frankfurt a. M., Darmstadt bei der Deutschen Vereinsbank, Filiale Darmstadt, bei der Deutschen Bank, Zweigstelle Darmstadt, Hanau bei den Herren Gebrüder Stern, bei der Deutschen Bank, Zweigstelle Hanau, Kreuznach und Mainz bei den Herren Krosenberger & Co., Mannheim bei der Rheinischen Creditbank, München bei der Bayerischen Vereinsbank, bei der Deutschen Bank, Filiale München, Offenbach a. M. bei der Deutschen Vereinsbank, Niederlassung Offenbach a. M., Stuttgart bei der Württembergischen Vereinsbank, bei der Württembergischen Bankanstalt, vorm. Pfann & Co., bei der Allgemeinen Rentenanstalt, Wiesbaden bei den Herren Marcus Berlé & Co., bei der Deutschen Bank, Zweigstelle Wiesbaden.

während der bei jeder Stelle üblichen Geschäftsstunden.

2. Zwecks Ausübung des Bezugsrechts sind die alten Aktien nach der Nummernfolge geordnet — ohne Dividendenbogen — in Begleitung eines doppelt ausgefertigten Anmelde Scheins mit Nummernverzeichnis, wofür Formulare bei den Bezugsstellen erhältlich sind, einzureichen. Die Ausübung des Bezugsrechts ist bei der Deutschen Vereinsbank und deren Niederlassungen, sowie an den Schaltern der übrigen Bezugsstellen provisorisch, soweit bei den letzteren jedoch die Ausübung des Bezugsrechts im Wege der Korrespondenz erfolgt, werden diese die übliche Bezugsprovision in Anrechnung bringen. Die Aktien, für welche das Bezugsrecht ausgeübt ist, werden abgestempelt und demnach zurückgegeben.

3. Bei der Geltendmachung des Bezugsrechts, spätestens am 23. Februar 1920, ist die Vollzahlung für jede Aktie zuzüglich Aufgeld mit M. 1125.— sowie der Schlusscheinsspiel bei einer der oben genannten Stellen zu zahlen.

4. Die Auskündigung der neuen Aktien erfolgt sofort nach Fertigstellung gegen Rückgabe der auf der einen Ausfertigung des Anmelde Scheins erteilten Quittung bei derjenigen Stelle, welche die Quittung vollzogen hat.

5. Die Bezugsstellen sind bereit, den An- und Verkauf von Bezugsrechten zu vermitteln.

Frankfurt a. M., den 3. Februar 1920.

Osterkurse für schulentlassene Söhne und Töchter in Buchführung, Maschinenschreiben usw. beginnt am 14. April. Prospekte und Auskünfte durch Dr. Knoke, stantlich geprüfter Dipl.-Handelslehrer. E 1, 1 Ecke Paradepl. Tel. 5070 E 1, 1. Privat-Handelsschule „Merkur“.

Statt Karten. Heute nachhaltig starb nach schwerem Leiden mein geliebter Mann, mein guter, treuer, gütiger Vater, Sohn, Bruder, Schwager und Onkel, der Ingenieur Heinrich Schweinsberg im Alter von 36 Jahren. Um stille Teilnahme bitten namens der Hinterbliebenen Käthe Schweinsberg geb. Klamm, Ellen Schweinsberg. Essen (Emilienstr. 19) Bochum, Annen, Iserlohn, Boer, den 2. Februar 1920. Die Beerdigung findet am Freitag, 6. Febr., nachmittags 3 Uhr von der Kapelle des neuen Friedhofes aus statt.

Sanatorium im Odenwald in vollem Betrieb zu verkaufen. Eine Gütervermittlung der Niederrhein- und Landbank Karlsruhe, Kriegerstrasse 154. Eine Lokomobile 80/10 PS., fabrikmäßig, englischer Fabrikat, betriebsfertig. Eine Lokomobile 80/10 PS., Apple Burbaum, fabrikmäßig, betriebsfertig. Eine Breitrechmaschine mit Schloßfederntrieb und Zugfederung, Sortiergitter, Entgraner durch Generalreparatur, wie neu, betriebsfertig, mögliches Fabrikat. Eine Breitrechmaschine Apple Burbaum, durch Generalreparatur, wie neu, mit Sortiergitter, Entgraner, betriebsfertig. Eine Lanzbreitrechmaschine mit Entgraner und mehrlageriger Vogerel durch Generalreparatur, betriebsfertig, wie neu. Eine Ständerechmaschine mit Entgraner und doppelter Vogerel durch Generalreparatur, wie neu, betriebsfertig. Sämtliche Maschinen sind wegen Aufgabe des Geschäftes preiswert sofort zu verkaufen. Gef. Anfragen sind zu richten an 1764 Maschinenbau-Anstalt, Siglengen a. d. Jagst.

Danksagung. Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme, sowie die zahlreichen Kranzspenden anlässlich des Hinscheidens unserer Inniggeliebten Gattin u. Mutter Frau Augusta Hammel sagen wir herzlichsten Dank. Mannheim, Schwetzingenstrasse 104, den 4. Februar 1920. Karl Hammel und Kinder.

Deutsche Vereinsbank.

Gestohlen Bücher-Ballen A B 11 von Reichert-Halle Inhalt: Exzel-Noten, Zettelbücher 1770 Mitteilungen gegen Belohnung an Sender's Buchhandlung, O 4, 10. Verloren am Mittwoch nachmittags zwischen 1 und 1 1/2 Uhr von Wöhrten bis Rasthaus 22488 zwei Meter blaue Seide u. eine Handarbeit. Der ehrliche Finder wird gebeten, Vorgenanntes in die auf dem umgriffenen Papier angegebene Stelle gegen gute Belohnung bei Kleinschmuckwerkzeugen, P 7, 19, abzugeben.

Maschinenschreiben Stenographie etc. — Prospekte frei. Privat-Handelsschule „Merkur“ E 1, 1. Tel. 5070.

Heirat. Heirat! 001 Damen u. Herren, mit u. ohne Vermögen, welche sich schnell glückl. verb. wüßten, erb. bei Brief Post durch Geocordia, Berlin O. 31. Siehe vorm. Dam. wüßten, sich verb. glückl. u. verheirat. Herren mein auch ohne Verm. erb. bei Brief Post durch Galsen Berlin, Postamt 37 903. Junger Mann, Ende der Vier, hochfahrend, fahrb., von angenehmem Aussehen, mit einem 100 000 Mk. Vermögen, wüßten in jungfräulich blühend 1920 Dam., am liebsten vom Bande, jeds 1103.

Gebr. Obst wird 1/2 Zentnerweise abgegeben 1768 Deutsches Teehaus, O 6, 9.

Drehstrom-Motore 10 PS., 220/380 Volt, neu, Kupferwicklung, Fabrikat A. E. O., ca. 1500 Umdrehungen mit B. a. V. u. Anlasser. 12 PS. genau wie vor. gegen Höchstgebot sofort zu verkaufen. Angebote unter K. V. 196 an die Geschäftsstelle dieses Blattes. 1756

Unterrichten Erlernen Sprachen nach D. E. P. Methode 80 % Schreipraxis. Gründl., müdeless u. billig. Anfängerkurse für engl. und französl. am 9. Februar. 676 Unterrichts- und Lehrbücher bei D. E. P. Sprachinstitut, O 6, 1.

ital. Unterricht? Angebote mit Preisangabe unter T. V. 25 a. d. Geschäftsstelle d. Bl. 22069. Unterrichts- in Gesang und Gitarrespiel von einem Herrn gesucht. Angebote u. T. V. 26 a. d. Geschäftsstelle d. Bl. 22072.

Geldverkehr. Hypotheken in l. u. II. Stelle. Planierungen. Verwaltungen von Häusern und Grundbesitz 1509. Immobilien-Büro Levi & Sohn, Q 1, 4, im Hofe Tel. 593 (Ost). 1690.

Heirat. Heirat! 001 Damen u. Herren, mit u. ohne Vermögen, welche sich schnell glückl. verb. wüßten, erb. bei Brief Post durch Geocordia, Berlin O. 31. Siehe vorm. Dam. wüßten, sich verb. glückl. u. verheirat. Herren mein auch ohne Verm. erb. bei Brief Post durch Galsen Berlin, Postamt 37 903.

Heirat. Heirat! 001 Damen u. Herren, mit u. ohne Vermögen, welche sich schnell glückl. verb. wüßten, erb. bei Brief Post durch Geocordia, Berlin O. 31. Siehe vorm. Dam. wüßten, sich verb. glückl. u. verheirat. Herren mein auch ohne Verm. erb. bei Brief Post durch Galsen Berlin, Postamt 37 903.

Heirat. Heirat! 001 Damen u. Herren, mit u. ohne Vermögen, welche sich schnell glückl. verb. wüßten, erb. bei Brief Post durch Geocordia, Berlin O. 31. Siehe vorm. Dam. wüßten, sich verb. glückl. u. verheirat. Herren mein auch ohne Verm. erb. bei Brief Post durch Galsen Berlin, Postamt 37 903.

Heirat. Heirat! 001 Damen u. Herren, mit u. ohne Vermögen, welche sich schnell glückl. verb. wüßten, erb. bei Brief Post durch Geocordia, Berlin O. 31. Siehe vorm. Dam. wüßten, sich verb. glückl. u. verheirat. Herren mein auch ohne Verm. erb. bei Brief Post durch Galsen Berlin, Postamt 37 903.

Heirat. Heirat! 001 Damen u. Herren, mit u. ohne Vermögen, welche sich schnell glückl. verb. wüßten, erb. bei Brief Post durch Geocordia, Berlin O. 31. Siehe vorm. Dam. wüßten, sich verb. glückl. u. verheirat. Herren mein auch ohne Verm. erb. bei Brief Post durch Galsen Berlin, Postamt 37 903.

Heirat. Heirat! 001 Damen u. Herren, mit u. ohne Vermögen, welche sich schnell glückl. verb. wüßten, erb. bei Brief Post durch Geocordia, Berlin O. 31. Siehe vorm. Dam. wüßten, sich verb. glückl. u. verheirat. Herren mein auch ohne Verm. erb. bei Brief Post durch Galsen Berlin, Postamt 37 903.